



Bericht und Beschlussempfehlung

des Innen- und Rechtsausschusses

Volksinitiative „Schleswig-Holstein stoppt CETA“

Antrag der Volksinitiative
Drucksache 19/259(neu)

Der Landtag hat den Antrag der Volksinitiative am 13. Oktober 2017 federführend an den Innen- und Rechtsausschuss sowie mitberatend an den Europaausschuss, an den Wirtschaftsausschuss und an den Petitionsausschuss überwiesen.

Der Petitionsausschuss führte in seiner Sitzung am 5. Dezember 2017 gemäß Artikel 48 Absatz 1 Satz 4 Landesverfassung i. V .m. § 10 Absatz 1 Volksabstimmungsgesetz eine Anhörung der Vertrauenspersonen der Volksinitiative durch. Der Europaausschuss hat sich in seiner Sitzung am 10. Januar 2018 mit der Vorlage befasst; er gab kein Votum ab. Der Wirtschaftsausschuss hat sich am 17. Januar 2018 dem Votum des Innen- und Rechtsausschusses angeschlossen. Der federführende Innen- und Rechtsausschuss befasste sich in drei Sitzungen mit dem Antrag und schloss seine Beratungen in seiner Sitzung am 24. Januar 2018 ab.

Mit den Stimmen von CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP gegen die Stimmen von AfD und SSW bei Enthaltung der SPD empfiehlt der federführende Innen- und Rechtsausschuss dem Landtag, den Antrag der Volksinitiative „Schleswig-Holstein stoppt CETA“, Drucksache 19/259(neu), abzulehnen.

Begründung:

Dem Anliegen der Volksinitiative "Schleswig-Holstein stoppt CETA", der Landtag möge sich bei der Landesregierung für die Ablehnung des Wirtschafts- und Handelsabkommens mit Kanada (CETA) im Bundesrat einsetzen, kann nicht entsprochen werden. Das Abkommen wird von den regierungstragenden Fraktionen unterschiedlich beurteilt. CDU und FDP befürworten das Wirtschafts- und Freihandelsabkommen, während BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN dieses ablehnen.

Aufgrund dieser unterschiedlichen Beurteilung wird sich die Landesregierung bei einer Beschlussfassung im Bundesrat über das CETA-Abkommen, sollte es zu einer solchen kommen, enthalten.

Barbara Ostmeier
Vorsitzende